

José Manuel Durão Barroso
Präsident der Europäischen Kommission

Stuttgarter Rede zu Europa
19. Januar 2011

Stabilität und Wachstum
Weichenstellung für Europa

Meine Damen und Herren,

Ich habe bereits gesagt, dass dies meiner Ansicht nach ein idealer Ort ist, um über die zukünftigen Herausforderungen für Europa zu sprechen. Nicht nur liegt Baden-Württemberg geographisch im Herzen Europas. Es hat auch eine lange Geschichte des Engagements für die europäische Integration. Ihr ehemaliger Ministerpräsident Günther Oettinger ist jetzt für ein strategisches Schlüssel-Ressort der Europäischen Kommission zuständig, für Energie. Ein weiterer ehemaliger Ministerpräsident dieses Landes, nämlich Erwin Teufel, hat entscheidende Beiträge für Europa geleistet als Mitglied des Europäischen Konvents. Und auch heute ist Baden-Württemberg aktiv und oft führend in vielen europäischen Foren unterwegs. Ich habe übrigens mit Ministerpräsident Mappus bereits über europäische Politik gesprochen, als er noch Fraktionsführer im hiesigen Landtag war. Und einer seiner ersten Besuche nach seiner Bestätigung als Ministerpräsident führte ihn in der Tat nach Brüssel, wo wir damals einen sehr angeregten Gedankenaustausch hatten.

Baden-Württemberg ist also in vieler Hinsicht ein perfektes Beispiel für das, was wir in den nächsten Jahren wirtschaftlich und in sozialer Hinsicht auf europäischer Ebene erreichen wollen. Baden-Württemberg ist eine echte Erfolgsgeschichte einer blühenden sozialen Marktwirtschaft. Die Kennzahlen sprechen für sich:

- Baden-Württemberg gibt 4,4 % seines BIP für Forschung und Entwicklung aus, und übertrifft damit das von der EU selbst gesetzte Ziel von 3 %.
- Fast drei von vier Menschen im arbeitsfähigen Alter (15 – 65 Jahre) sind in einem Beschäftigungsverhältnis. Damit hat Baden-Württemberg bereits erreicht, was wir für Europa insgesamt erst noch erreichen wollen.
- Baden-Württemberg liegt, was die Zahl der Patentanmeldungen betrifft, mit an der europäischen Spitze und gehört in der Tat zu den globalen Führern bei Innovationen.

Baden-Württemberg ist eine der wohlhabendsten Regionen Europas. Aber dies ist, wohlgermerkt, nicht erbter Reichtum. Er beruht vielmehr auf dem ständigen Bestreben der Menschen in diesem Land, es besser zu machen, in die Zukunft zu investieren und kreativ und innovativ zu sein.

Aber Baden-Württemberg ist noch viel mehr. Es ist ein Land, dem wohl bewusst ist, dass die Anhäufung von Wohlstand auf Investition und Arbeit basieren muss. Dass gutes Unternehmertum eine langfristige Verpflichtung in das Geschäft bedeutet. Es geht nicht um schnelle Gewinnmitnahmen, sondern um beständiges, solides Wachstum. Es ist das Gegenstück zu der Kurzfristigkeit, die die Finanzmärkte vor dem Auftreten der Krise beherrscht hat. Der Erfolg der vielen mittelständischen und äußerst erfolgreichen Unternehmen in Ihrem Land, viele davon noch in Familienbesitz, erzählt uns eine bemerkenswerte Geschichte. Es ist eine Geschichte, die ganz Europa kennen sollte. Morgen Vormittag werde ich einige davon besuchen, worauf ich mich bereits jetzt sehr freue. Gesunde und zukunftssträchtige Investitionen, und nicht Spekulationen, sind die Basis für langfristigen Erfolg.

Es gibt einen Spruch in Ihrem Land, ich sage das jetzt einmal auf Englisch „wo der Wein wächst, lässt es sich gut leben“. Dem stimme ich aus ganzem Herzen zu. Aber ich füge auch hinzu, dass Ihr wirtschaftlicher Erfolg und die soziale Zusammengehörigkeit zeigen, dass es sich gut leben lässt, wo eine starke Arbeitsethik Wachstum, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und wo es ein ausgeprägtes Verständnis dafür gibt, dass zum Leben mehr als nur die Konjunktur gehören: Nämlich ein Gefühl der Zugehörigkeit mit gemeinsamen Wurzeln in Werten und ein offenes Herz für Kultur und Kunst.

Genau dies wollen wir für die gesamte Europäische Union erreichen. Und ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für sein Engagement in Europa. Ich weiß, dass dieses Land sich stark dem Projekt der Europäischen Union verpflichtet fühlt, genauso wie der regionalen Integration. Ich habe von der neuen Donau-

Strategie gesprochen, in der Tat entwickelt die Kommission diesen regionalen Ansatz. Ich war heute im Europäischen Parlament, zusammen mit dem Premierminister von Ungarn, welches ja für die nächsten sechs Monate die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union innehat, und wir haben beschlossen, dieses mit Priorität auf unsere Agenda zu setzen. Die Kommission wird Ihr Partner sein bei der Donaustategie, denn wir sind der Überzeugung, dass innerhalb der Europäischen Union die verschiedenen Erfahrungen regionaler Integration vertieft werden müssen.

Der von Baden-Württemberg erreichte Fortschritt ist natürlich für viele Teile Europas noch in weiter Ferne. Aber, wir können besser werden. Wir müssen besser werden. Wir müssen unsere Anstrengungen konzentrieren, mit Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen, um unsere Ziele von makroökonomischer Stabilität, Haushaltskonsolidierung und Wachstum mit Schaffung von Arbeitsplätzen zu erreichen. Damit die Menschen hier und überall in Europa zuversichtlich sein können, dass die gute Zukunft nicht hinter uns, sondern noch vor uns liegt.

Wir können die Krise gemeinsam bewältigen und daraus stärker und geschlossener hervorgehen. Gemeinsam können wir den Einfluss Europas in einer immer stärker konkurrierenden und globalisierten Welt erhalten.

Gemeinsam heißt, dass jeder seinen Beitrag leisten muss. Nicht nur ein Teil von Europa, sondern alle Teile Europas müssen dazu beitragen. Wenn ich sage, alle, dann meine ich damit sowohl die Regionen als auch die Städte, und besonders die wirtschaftlich erfolgreichen wie Baden-Württemberg und Stuttgart, wenn wir die Europäische Union insgesamt wohlhabender und stabiler machen wollen.

Meine Damen und Herren,

in vieler Hinsicht war das Jahr 2010 für die Europäische Union sehr turbulent. Wir hatten schwere Prüfungen zu überstehen, die mit nichts in den vergangenen 60 Jahren zu vergleichen waren. Es war die bei weitem größte Krise seit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses, die größte Finanzkrise, die größte Weltkrise. Aber, das Jahr 2010 war für mich vor allem ein Jahr von herausragenden politischen Entscheidungen für Europa, die sich als entscheidend für unsere Zukunft herausstellen werden. Im Jahr 2011 werden wir diese Entscheidungen mit großer Entschlossenheit und ohne Zögern und Zagen in die Praxis umsetzen müssen.

Wir müssen uns jetzt an die von uns getroffenen Entscheidungen halten. Und wenn ich wir sage, meine ich die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten, im Geist der vollständigen Zusammenarbeit, mit Achtung vor dem Subsidiaritätsprinzip und mit der gemeinsamen Verantwortung im Dienste am allgemeinen europäischen Interesse.

Übergreifend über die sozioökonomischen Unterschiede zwischen unseren verschiedenen Ländern ist es uns gelungen, einen europäischen Konsens für einen breit angelegten strategischen Ansatz für unsere gemeinsame Zukunft zu entwickeln. Wir sollten das Kommentieren den Kommentatoren überlassen. Politische Führer und diejenigen, die Verantwortung für politische Entscheidungen tragen, sollten nicht kommentieren, sondern Entscheidungen treffen. Wir werden unermüdlich, und undogmatisch, dafür arbeiten, dass die politischen Entscheidungen, die wir getroffen haben, in die Realität umgesetzt werden.

19

Die Krise hat viele unserer Schwächen und Unzulänglichkeiten auf grausame Weise bloßgestellt. Aber die Krise hat uns auch mit einem neuen und starken Anreiz zur europäischen Integration versehen. Wie schon Hölderlin sagte:

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Ich glaube, dies ist ja aus einem wunderbaren Gedicht, ich glaube fest, dass dies zutrifft. Und ich glaube, dass Europa in der Lage ist, diese Gefahren und Herausforderungen umzuwandeln in Chancen für Wachstum, wenn wir gemeinsam aus diesen Lektionen lernen, die uns erteilt wurden.

In den letzten Monaten hat sich Europa weiter fortbewegt als dies in den letzten Jahren der Fall war. Wir haben Meinungsunterschiede überwunden, die vor einigen Monaten noch als unüberwindlich galten.

Die Krise hat in der Tat unsere Fehler und Schwächen dramatisch entblößt:

- Die Verschuldung hat ein Ausmaß erreicht, das an die Grenzen der Zukunftsverträglichkeit stößt; fast alle Mitgliedstaaten haben über ihre Verhältnisse gelebt und haben in den letzten zehn Jahren versagt bei dem Versuch, die Staatsverschuldung zu beschränken;
- Die bedeutenden makroökonomischen Ungleichgewichte aufgrund der anhaltenden Wettbewerbsunterschiede im Euroraum haben das wirtschaftliche Wachstum behindert;
- Unsere gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion ist immer noch nicht vollständig hergestellt und somit Opfer von Instabilität;
- Insbesondere besitzt unser Überwachungssystem noch nicht die notwendige Glaubwürdigkeit; da die Mitgliedstaaten immer noch die Möglichkeit haben, die sich selbst gesetzten Regeln sehr freizügig auszulegen.

Wenn man sich in ein gemeinsames Schicksal teilt, und besonders, wenn man sich eine gemeinsame Währung teilt, dann heißt dies, dass jeder Mitgliedstaat sich an die Spielregeln halten muss. Sie sind unerlässlich für den Zusammenhalt der Union als Ganzes. Sie können nicht straffrei ignoriert werden. Der französische Intellektuelle Jacques Lacan hat einmal gesagt: „Realität stößt dich vor den Kopf“. Die Realität hat uns schwer getroffen.

Jetzt müssen wir die Zeche zahlen. Die menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Kosten wiegen schwer. In vielen Teilen Europas, glücklicherweise nicht hier, bestehen die Kosten zuvörderst in einem steilen Anstieg der Arbeitslosenrate, die bei jungen Menschen in manchen Ländern 40 % beträgt.

Dies ist nicht zukunftsträchtig, dies ist untragbar, sowohl aus wirtschaftlicher als auch moralischer Sicht.

Die in Ihrem Land voraussichtlich durchgeführten strukturellen Reformen, einschließlich auf dem Arbeitsmarkt, sind in anderen Ländern viel zu lange aufgeschoben worden. Es ist zum heutigen Zeitpunkt natürlich schwieriger, diese Reformen durchzuführen, als dies in einer wirtschaftlich günstigeren Konjunktur der Fall gewesen wäre. Dies kann jedoch nicht als Entschuldigung für weiteren Aufschub gelten, Europa braucht diese Reformen jetzt mehr denn je.

Für die Europäische Union sind Schuldenabbau, strukturelle Reformen und größere Annäherung der wirtschaftlichen Modelle sowie strengere wirtschaftspolitische Steuerung keine Optionen, sondern Imperative, besonders im Euroraum. Es ist unerlässlich, den von uns eingeleiteten Reformschwung aufrecht zu erhalten und unsere Aktionen zu konsolidieren.

Die Europäische Union hat sich im Jahr 2010 auf eine gemeinsame Strategie für Arbeit und Wachstum, die Europa-Strategie 2020, geeinigt, die auf einer breiten Zusammenarbeit aller Partner in der Europäischen Union basiert, bis hin zur kommunalen Ebene.

Mit der Europa-Strategie 2020 haben wir uns alle auf strukturelle Reformen, die zu Haushaltskonsolidierungen und Arbeitsplatzbeschaffung führen, festgelegt. Wir haben uns zu einem neuen Modell für Wachstum in Europa verpflichtet, welches intelligent, nachhaltig und von umfassendem Wachstum, d.h. einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, ist und uns ermöglicht, unsere soziale Marktwirtschaft und unser europäisches soziales System zu erhalten. Wir haben uns verpflichtet, in ein Europa des Wissens und der Innovation zu investieren, für ein wettbewerbsfähigeres Europa und für ein Europa von Beschäftigung und sozialer Kohäsion.

Wir haben uns auch auf eine gemeinsame Strategie für eine stärkere europäische wirtschaftspolitische Steuerung entschieden. Wir haben uns verpflichtet, den Stabilitäts- und Wachstumspakt fester zu schnüren, makroökonomische Ungleichgewichte zu korrigieren und den Rahmen für ein solides Krisenmanagement zu schaffen. Wir haben uns verpflichtet, die Koordinierung der Haushaltspolitiken zu verbessern sowie auf makroökonomische Maßnahmen im Allgemeinen und auf strukturelle Reformen.

Wir haben einen Europäischen Rettungsfond aufgestellt, die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF). Dies gibt uns die Möglichkeit, falls erforderlich, in den nächsten drei Jahren schnelle und effiziente Stabilisierungen bei Mitgliedstaaten, die in Schwierigkeiten geraten sind, durchzuführen, um damit die Stabilität des Euroraums als Ganzes abzusichern. Deutschland ist hier der Haupteinzahler. Dieses wurde auf der Grundlage des Prinzips ins Leben gerufen, dass es in der Europäischen Union, und besonders im Euroraum, keine Stabilität ohne Solidarität geben kann und auch keine Solidarität ohne Stabilität, und, ich füge hinzu, keine Solidarität ohne Verantwortung.

Ich bin mir bewusst, dass, vor allem in Deutschland, die Frage gestellt wurde, ob dieser Fond mit der ‚No-Bail-Out‘-Klausel des Vertrags kompatibel ist. Ich darf Ihnen versichern: Dies ist weder ein Freifahrtschein noch der Weg in die Transferunion. Wir unterbreiten keineswegs den Vorschlag einer Transferunion. Der Stabilitätsmechanismus beruht auf Darlehen, nicht auf Subventionen. Er ist an strenge Auflagen geknüpft. Die Länder, die sich seiner bedienen, müssen rigorose, um nicht zu sagen schmerzhaft Anpassungen durchführen. Um sich der Solidarität der anderen zu versichern, müssen sie sich mutige, ehrgeizige Programme wirtschaftlicher und budgetärer Anpassungen auferlegen. Und auch strukturelle Reformen einleiten, die bisher in diesen Ländern nicht akzeptiert wurden, wie ja auch nicht, um ehrlich zu sein, in vielen anderen Ländern Europas. Ich habe großen Respekt vor dem Mut und der Entschlossenheit sowohl der politischen Führung als auch der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt in den Ländern, die dies betrifft.

Aber, dies ist und wird keine Einbahnstraße sein. Wir mussten in der Finanzkrise erfahren, dass niemand eine Insel ist. Unsere Gesellschaften sind derartig miteinander verwoben, dass niemand auf die Dauer seine Stabilität und seinen Wohlstand wahren kann, wenn nicht die anderen, die Nachbarländer, ebenfalls stabil und wohlhabend sind.

Für die gesamte Europäische Union trifft zu, dass über 60 % sämtlicher EU-Exporte in andere EU-Länder gehen. Im Fall von Deutschland, mit seiner exportorientierten Industrie, ist dies sogar noch zutreffender. Deutschland hat allen Grund, auf seine beeindruckenden Wachstumswahlen und auf den erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit stolz zu sein.

Diese Erfolge wären jedoch ohne den Euro und den Binnenmarkt nicht vorstellbar. Letztes Jahr sind 63 % aller deutschen Exporte in den EU Binnenmarkt geflossen, und 40 % aller deutschen Exporte gingen in den Euroraum. Deutschland exportiert mehr Waren und Dienstleistungen jeweils nach Frankreich, die Niederlande, Italien, Österreich oder Belgien als nach China. Können Sie sich das vorstellen, dass ein Land wie Deutschland mehr nach Belgien exportiert, mit seiner Bevölkerung von unter 10 Millionen Menschen, oder nach Österreich, als nach China? Über 85 % der deutschen Überschuss-Handelsbilanz werden durch den europäischen Binnenmarkt erzielt. Umgekehrt kommen 65 % sämtlicher deutschen Importe aus diesem.

Dies gibt Ihnen eine ungefähre Vorstellung von dem Grad gegenseitiger Abhängigkeit in Europa und wie sehr wir auf nachhaltiges Wachstum in den Mitgliedstaaten angewiesen sind.

Das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell, ein großer globaler Erfolg, ist stark abhängig von einem gesunden Euro und einem funktionierenden EU-Binnenmarkt. Ohne diese würden sich deutsche Waren im Ausland und in den Nachbarländern verteuern und damit weniger wettbewerbsfähig sein. Die Exporte wären rückläufig und somit auch das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigung und der Wohlstand in Deutschland.

Deutschland müsste Milliarden von Euro ausgeben, um ein Gegengewicht zu den Risiken volatiler Währungen zu schaffen. Vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe in Deutschland würden sich in einer schwierigen Situation befinden aufgrund von Abwertungen aus Wettbewerbsgründen, ganz abgesehen von der allgemeinen systemischen Instabilität. Deutsche Investitionen in Drittländern, und nicht nur die der Banken, würden an Wert verlieren und gegebenenfalls einen Ausfall bedeuten. Letztendlich würde Europa, und somit Deutschland, an wirtschaftlichem Gewicht verlieren sowie auf globaler Ebene an politischem Einfluss.

Ich bin mir absolut sicher, dass Deutschland als das wirtschaftlich stärkste Land Europas, mit den größten Interessen in unserem Projekt Europäische Union, ganz außergewöhnlich eng mit der Zukunft der europäischen Wirtschaft verbunden ist. Und natürlich ist die Zukunft der europäischen Wirtschaft wiederum außergewöhnlich eng an die Zukunft und den Erfolg der deutschen Wirtschaft geknüpft.

Wir sollten uns nichts vormachen, meine Damen und Herren: Die Schwächung des Binnenmarktes oder jedwede Form des Zerfalls des Euro würden in Europa nicht ohne ernsthafte politische Spannungen vor sich gehen, begleitet von protektionistischen Tendenzen. Diese Spannungen würden sämtliche Mitgliedstaaten, aber vor allem die exportstarken, betreffen. Wirtschaftliche und soziale Stabilität braucht auch eine systemische politische Stabilität.

Daher würden ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Instabilitäten in Europa auch Deutschland treffen. Wir haben die Wahl, entweder gemeinsam zu schwimmen oder getrennt zu unterzugehen. Der Weg aus dieser Krise kann nur ein gemeinsamer sein.

Und es muss ein Weg in eine neue, nachhaltige Zukunft sein. Wir haben uns daher entschlossen, beginnend mit dem Jahr 2012, einen permanenten Mechanismus für Krisenmanagement einzurichten, den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, welcher entsprechend der Hauptkriterien, die gegenwärtig für den Rettungsfond Europäische Finanzstabilisierungsfazilität EFSF gelten, arbeiten wird, einschließlich der strengen Auflagen.

Bis zum Inkrafttreten dieses permanenten Mechanismus, an dessen einzelnen Vorkehrungen die Kommission gegenwärtig noch arbeitet, haben wir beschlossen, für ausreichende finanzielle Unterstützung durch den Rettungsfond zu garantieren. In der Tat haben bei der letzten Sitzung des Europäischen Rates im Dezember alle Staatsoberhäupter und Regierungen in der Europäischen Union sowie die EU Institutionen sich darauf geeinigt, „dass sie bereit sind, für den Euroraum alles Erforderliche zu tun, um die Stabilität des gesamten Euroraums sicherzustellen“.

Ich zitiere hier und werde noch weiter zitieren. Die Staatsoberhäupter haben vor allem verlangt nach, Zitat: “entschlossenem Handeln, um die Verfügbarkeit ausreichender finanzieller Unterstützung durch die Europäische Finanzstabilitätsfazilität sicherzustellen bis der permanente Mechanismus in Kraft tritt.“ Ende des Zitats.

Das Europäische Semester, welches wir letzte Woche anlässlich des ersten Jahres-Wirtschaftsberichts begonnen haben, fügt sämtliche Stränge zusammen. Konsequenterweise hat die Kommission erklärt, „dass die effektive Finanzkapazität der EFSF zu verstärken und der Umfang ihrer Aktivitäten zu erweitern sei“. Ende des Zitats. Dies ist ein Teil, aber nur ein Teil, unserer umfassenden Antwort auf die Herausforderungen für die Stabilität des Euroraums.

Wenn Sie unser Dokument noch nicht gelesen haben, und ich rate allen, die es noch nicht getan haben, dies sorgfältig zu tun, erkennen Sie, es ist ein sehr konzentriertes, pointiertes Dokument. Es geht um fiskale Konsolidierung, es geht um strukturelle Reformen, es geht um wachstumsfördernde Maßnahmen. Es ist eine klare Botschaft zur Unterstützung von Reformen in der Europäischen Union, mit Mut und Entschlossenheit. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sollten im Zusammenhang, und nicht getrennt voneinander gesehen werden, denn jede einzelne macht Sinn, wenn man sie als Teil einer umfassenden, systemischen Antwort sieht.

Im Jahre 2010 haben wir uns auf eine gemeinsame Strategie für Reformen und die Regulierung finanzieller Dienstleistungen geeinigt. Wir haben uns die Aufgabe gegeben, ein stärkeres, stabileres und solideres Finanzsystem für Europa einzurichten. Wir haben die europäische Architektur der Finanzaufsicht reformiert, den Eckstein des gesamten Reformprogramms.

Im Jahre 2010, dem ersten Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, haben die Europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten effizient und demokratisch zusammengearbeitet, welches natürlich Kompromisse und gegenseitige Zugeständnisse beinhaltet. Ohne diese effiziente Zusammenarbeit hätten wir niemals all die Entscheidungen erreicht, die ich gerade genannt habe und die besser als jede hochgestochene Rhetorik Zeugnis für ein gestärktes politisches Engagement ablegen. Diese Entscheidungen sind die Grundlage der umfassenden Reaktion der Europäischen Union auf die Krise.

Ich möchte auch betonen, dass diese gemeinsamen Entscheidungen auf einer breiten Palette von Kommissionsvorschlägen beruhen; die Kommission hat von ihrem Initiativrecht Gebrauch gemacht und wird dies natürlich auch weiterhin tun.

Die Krise hat uns unsere Verantwortung vor Augen geführt. Und wir haben uns dieser Herausforderung gestellt. Dies ist umso wichtiger, als dass die Krise die Auswirkungen der Globalisierung noch deutlicher hat zutage treten lassen, vor allem die der Multi-Polarisierung der Welt, mit anderen Worten, das Auftreten einer neuen Weltordnung mit zweifellos großem Potential aber auch mit unweigerlich verstärkter Konkurrenz. Und wir Europäer sollten nicht naiv sein im Hinblick auf die Verhältnisse in dieser sich abzeichnenden globalen Ordnung.

Zum Ende des Jahres 2010 hat sich ein Europa dargestellt, welches sowohl mehr Verantwortung als auch Solidarität zeigt. Sagen wir es ganz klar. Europa wird gelenkt. Der Euro ist solide und lebensfähig. Es gibt, wie manche sagen, keine Krise des Euro, der Euro ist eine starke Währung. Es ist richtig, dass es in einigen

Mitgliedstaaten Probleme gibt, aber ich glaube, wir können sagen, dass zweifellos der Euro weiterhin ein essentielles Element der europäischen Integration bleiben wird. Es können keine Zweifel mehr über unser politisches Engagement herrschen, dass wir alles in unserer Macht stehende tun werden, um die Stabilität des Euroraums als Ganzes sicherzustellen. Unser Engagement ist unerschütterlich, denn die Kosten bei einem Zerfall des Euroraums wären enorm. Diese Arbeit ist noch nicht beendet. Und es zeichnet sich eine neue Kultur der Verantwortung ab.

Ich möchte, dass Sie wissen, dass dies die Denkweise der Kommission ist. Ich spreche jetzt zu Ihnen in Baden-Württemberg, in Deutschland, aber Sie müssen wissen, dass wir mit allen Mitgliedern des Euroraums sprechen, sowie mit allen anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, und dass unsere Botschaft und die von uns getroffenen Entscheidungen ganz eindeutig zugunsten von Stabilität ausfallen und zugunsten von Reformen. Wir müssen alle auffordern, ihren Beitrag zu leisten. Dies will ich erreichen – Solidarität, Solidarität mit Verantwortung.

Wieder einmal hat sich die Weitsicht eines der großen Gründer der Europäischen Union, Jean Monnet, als richtig erwiesen. Er schrieb in seinen *Mémoires*, und ich zitiere auf Englisch: „Europa wird in Krisen geschmiedet werden, und wird das Ergebnis der Lösungen sein, die wir für diese Krisen finden.“ Ich glaube fest an diesen Satz. Die Art und Weise, wie wir auf die Krisen reagieren wird uns zu einer stärkeren Union machen.

Im Jahre 2011 müssen wir uns von der frenetischen Hektik von Notmaßnahmen und kurzfristigen Reaktionen lösen. Wir müssen wieder zu einer gelasseneren Einstellung zurückfinden für das, was wichtig ist, denn wir dürfen in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen, damit wir langfristig den Kampf um die Sicherung unserer Stellung in der Welt gewinnen.

Ich darf Ihnen sagen, dass wir in Europa von denen draußen beobachtet werden, sie beobachten uns von jenseits des Atlantiks und von anderen Teilen der Welt. Und wenn sie diese Themen diskutieren, dann diskutieren sie nicht nur die Verschuldung der Schuldnerstaaten, sondern sie diskutieren auch: Ist Europa in der Lage, das Problem zu lösen? Hat Europa die notwendigen Kontrollsysteme, um sich diesen Herausforderungen zu stellen? Dies ist somit auch eine politische Frage der Entschlossenheit. Ich kenne das deutsche Engagement für Europa, und für ein starkes Europa in der Welt. Sie beobachten uns außerhalb von Europa jeden Tag. Nicht nur unsere amerikanischen Partner und Freunde, auch die Schwellenländer, und es ist meiner Meinung nach unsere Pflicht ihnen zu zeigen, dass Europa in der Lage ist, die Herausforderungen zu meistern. Wir haben in der Vergangenheit schon viele Probleme gemeistert, einige waren weitaus schwieriger und wir werden auch die gegenwärtigen Probleme meistern. Und wir werden eine bessere Zukunft für uns und für die Welt schaffen.

Dazu sind wir durchaus in der Lage, wir haben uns die dafür notwendigen Mittel gegeben. Und wir müssen es tun, denn die Zukunft kommt immer zurück und verfolgt jene, die sie ignorieren. Wenn wir uns heute als schwach und zögernd zeigen, werden vielleicht nicht diese Generation, sondern zukünftige Generationen den Preis dafür zahlen. Dies ist schlicht unakzeptabel.

Ich habe Vertrauen in unseren politischen Willen, den von uns gesteckten Kurs rigoros beizubehalten. Das neue Jahr hat bereits mit der Errichtung eines neuen europäischen Rahmenwerks für eine Finanzaufsicht begonnen. Gemeinsam mit dem Europäischen Systemischen „Risk Board“, dem Risikorat, haben am 1. Januar drei europäische Finanzaufsichtsbehörden ihren Dienst aufgenommen. Damit hat die Europäische Union jetzt die Aufsichtsinstrumente die notwendig sind, um jedwedes Entstehen von Risiken im Finanzsektor zu erkennen.

Offen gesagt, wenn ich Sie vor zwei Jahren gefragt hätte: Glauben Sie, es wird gelingen, die Zustimmung für die Errichtung einer Aufsichtsbehörde für Banken, Versicherungen und für die Märkte einstimmig von den Mitgliedstaaten zu bekommen, und zwar nicht nur für den Euroraum, sondern für die gesamte Europäische Union, die meisten hätten wohl gesagt – dies ist nicht möglich, das ist nicht realistisch. Jetzt haben wir es getan. Und warum? Weil die Länder den Grad wechselseitiger Abhängigkeit erkannt haben und dass wir, abgesehen von dem, was wir auf nationaler Ebene tun können, einen gemeinsamen Rahmen brauchen, um auf die Krise zu reagieren. Dies ist also keine Frage, wie es manchmal gesehen wird, dass die Föderalisten, dass diejenigen, die mehr Integration wollen, dies durchgesetzt haben – die Märkte verlangen es, der gesunde Menschenverstand erfordert es, unsere Partner wollen von uns wissen, was wir zu tun gedenken. Es ist eine Frage von gesundem Menschenverstand, der Rationalität und der Vernunft und der Forderung, dass Europa gemeinsam handelt, und zwar entschlossener und kohärenter.

Aus diesem Grund verbessern wir auch die Situation im Bankwesen, die Transparenz muss noch weiter gesteigert werden und wir werden auch noch Verbesserungen bei der neuen Serie von Stress-Tests durchführen, die für das Frühjahr geplant sind.

Wie ich eingangs bereits sagte, haben wir den ersten Schritt zu einer neuen Ära gemeinsamer wirtschaftspolitischer Steuerung in der Europäischen Union mit der Einführung des „Europäischen Semesters“ getan.

Zum ersten Mal ermöglicht das Europäische Semester eine *ex ante* Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und den EU Institutionen. Diese Koordinierung wird alle Aspekte der Wirtschaftspolitik abdecken. Dadurch werden die Mitgliedstaaten und die Kommission gemeinsam an einem umfassenden Rahmen für makroökonomische Stabilität, strukturelle Reformen und Maßnahmen zur Wachstumsförderung arbeiten können.

Das Europäische Semester greift in keiner Weise die Haushaltshoheit der nationalen Parlamente an. Im Gegenteil, das Europäische Semester ermöglicht es den nationalen Parlamenten, sich enger in die europäischen Angelegenheiten einzumischen.

Noch einmal: Wenn ich Sie vor zwei Jahren gefragt hätte: „Glauben Sie, dass es möglich ist, auf europäischer Ebene, nicht nur im Euroraum, also auch in Ländern außerhalb des Euroraums, eine *ex ante* Koordinierung der Haushalte vorzunehmen, bevor die Regierungen die Haushalte ihren Parlamenten vorlegen, ich bin sicher, die meisten hätten gesagt, dies ist nicht möglich, die Skeptiker werden dies zu verhindern wissen. Heute ist dies möglich, und warum? Weil die Krise uns unsere gegenseitige Abhängigkeit aufgezeigt hat.

Es ist ganz klar, meine Damen und Herren, dass die größte wirtschaftliche Herausforderung, vor der wir stehen, die Vermeidung des Teufelskreises von untragbarer Verschuldung, instabilen Finanzmärkten und schwachem Wirtschaftswachstum ist. Stattdessen müssen wir einen positiven Kreislauf in Gang setzen, durch rigorose Haushaltskonsolidierung und größere makroökonomische Stabilität, strukturelle Reformen und Wachstum, das zu mehr Beschäftigung führt. Die Europäische Kommission hat zu diesem Ziel letzte Woche in ihrem Jahres-Wirtschaftsbericht dringende Maßnahmen vorgeschlagen. Diese werden uns, glauben wir, in die Lage versetzen, den negativen in einen positiven Kreislauf zu drehen, wenn alle Mitgliedstaaten das tun, zu dem sie sich jetzt bekennen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist ein Punkt, den ich noch ansprechen möchte, denn die sozialen und wirtschaftlichen Kosten sind unerträglich. Nichts wäre schlimmer, als eine Rückkehr zu Wachstum ohne die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn dies würden die Menschen nicht verstehen. Wir haben daher mehrere dringende Maßnahmen vorgeschlagen, um die Arbeitsmärkte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu mobilisieren.

Dabei müssen wir ganz besonders den langfristigen Ausschluss der Schwächsten vom Arbeitsmarkt verhindern: Zum Beispiel diejenigen mit niedrigem Einkommen oder junge Menschen. Aus diesem Grund sollten die Unterstützungsmaßnahmen enger mit Ausbildung und Arbeitssuche verknüpft werden.

Wir müssen auch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt fördern und, wenn der wirtschaftliche Aufschwung im Gang ist, die Arbeitslosenunterstützung dahingehend überprüfen, dass sie einen Anreiz zur Wiederaufnahme von Arbeit darstellt. Dies ist von großer Bedeutung. Wir müssen das beste Umfeld schaffen, um Arbeit zu begünstigen.

Natürlich müssen wir auch die demographische Entwicklung in unsere Überlegungen einfließen lassen und die Alterung der Bevölkerung berücksichtigen. Dies erfordert eine Reformierung unserer Rentensysteme und Schaffung von Beschäftigung für Ältere.

Wie Sie wissen, haben sich endlich viele Mitgliedstaaten zu Reformen aufgerafft, einschließlich Reformen im Hinblick auf das Rentenalter. Und noch einmal: Wenn ich viele von Ihnen vor zwei Jahren gefragt hätte: Ist es möglich, dass Staaten, die jetzt ein Renteneintrittsalter von 60 oder 62 Jahren haben, dies zu ändern beabsichtigen? Die meisten von Ihnen hätten wohl gesagt: Nein. Aber dies geschieht jetzt, denn nun hat man verstanden, dass dies ein entscheidender Beitrag zur Erhaltung der Systeme, einschließlich der sozialen Systeme, ist.

Der Jahres-Wirtschaftsbericht unterstreicht auch, dass wir das Potential des Gemeinsamen Marktes ausschöpfen, Privatkapital anlocken und Zugang zu Energie zu erschwinglichen Preisen sichern müssen, wenn Wachstum die Priorität ist.

Ich werde jetzt nicht die Energiefrage ansprechen, dies wird eines der wichtigsten Themen bei der nächsten Sitzung des Europäischen Rats sein. Und dafür haben Sie jetzt ja den wahren Experten für diese Angelegenheit, nämlich Günther Oettinger.

Ich darf Ihnen aber noch sagen, dass ich gerade mit ihm gereist bin, wir waren zusammen in Aserbeidjan und Turkmenistan. Und auch dort wurden wir wieder gefragt: Habt ihr eine gemeinsame Energiepolitik? Ich sage Ihnen, wenn wir auf europäischer Ebene gemeinsam handeln und unseren Gemeinsamen Binnenmarkt stärken und schützen, wenn wir eine gemeinsame Außenpolitik im Hinblick auf Energie entwickeln, können wir sehr viel mehr für unser Wachstum und unsere Energiesicherheit tun.

Wie Sie sehen, wird im Wirtschaftsbericht ein kohärenter Plan vorgestellt, um Europa die Rückkehr zu starkem wirtschaftlichen Wachstum und Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Wenn er vollständig umgesetzt wird, werden wir auch erfolgreich sein.

Wir müssen also im Laufe dieses Jahres ein Programm umsetzen, das sowohl ehrgeizig als auch notwendig ist. Damit dies gelingt, brauchen wir das Engagement eines jeden Einzelnen.

Über viele Jahrzehnte konnte sich das europäische Schicksal vor einem relativ freundlichen Hintergrund entfalten. Wir genossen Jahre mit starkem Wachstum, wodurch sich wiederum eine Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ausbilden konnte und wir hatten den Komfort einer unipolaren Welt, was den Europäern in vieler Hinsicht vielleicht ein falsches Gefühl von Sicherheit vermittelt hat. In Europa hat man Sicherheit und Wohlstand als gegeben betrachtet.

Jetzt hat sich die Situation jedoch verändert. Und jetzt will ich sehen, wer diejenigen sind, die sich wirklich für Europa engagieren. Denn es ist leicht, sich der Europäischen Union verpflichtet zu fühlen, wenn man von der EU nur etwas bekommt und man keine Anstrengungen unternehmen muss. Es ist leicht, ein guter Europäer zu sein, wenn alles glattgeht. Jetzt muss es sich jedoch zeigen, wer die wahren Europäer sind, die sich den europäischen Idealen wie Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und unserem gemeinsamen Projekt verpflichtet fühlen. Erst in schwierigen Zeiten können wir zeigen, ob wir den Test bestehen und wirklich bereit sind, gemeinsam ein Europa aufzubauen.

Die Situation hat sich in der Tat völlig verändert, und die Realitäten in der Welt sind verändert. Da ist es leicht, protektionistischen Versuchungen nachzugeben, und manchmal auch nationalistischen Versuchungen. Aber mit diesen altbekannten Versuchungen sind wir nur allzu vertraut. Wir wissen, dass dies nicht der Weg nach vorn ist, sondern dies nur für ganz Europa zerstörerisch wäre.

Deswegen dürfen wir nicht in Resignation verfallen. Es gibt keinen Grund, warum wir nicht unser Schicksal selbst bestimmen sollten, wenn wir den politischen Willen dazu haben.

Unser alter Kontinent ist der Geburtsort der Aufklärung und der Menschenrechte. Unser alter Kontinent hat Jahrhunderte gewaltsamer Teilung überstanden und sich auf ein gewaltiges Abenteuer eingelassen, unser europäisches Unternehmen, welches uns Frieden und Wohlstand beschert hat.

Wir stehen heute vor der Herausforderung, dieses europäische Unternehmen vorwärts zu bringen, und damit unsere Werte, unseren Platz und unseren Einfluss in einer globalisierten Welt zu erhalten.

Wir stehen heute vor der Herausforderung, uns zur Verteidigung unserer europäischen Interessen zu wappnen und die entscheidenden Kämpfe zu Themen wie Marktanteile oder Energieunabhängigkeit für uns zu entscheiden.

Das ist Ziel der Entscheidungen, zu denen wir uns verpflichtet haben und die wir jetzt in die Praxis umsetzen müssen. Die Europäische Union muss sich bereitmachen, um zu regulieren und politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu nehmen, um ihren Platz in einer Welt, in der sich die geopolitischen, geökonomischen und

geostrategischen Gegebenheiten grundsätzlich wandeln, zu behaupten oder zu bestärken. Mehr denn je ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, daran zu denken, dass „Wer nichts wagt, nichts gewinnt.“

Ich habe Ihnen ein sehr detailliertes Bild gezeichnet davon, wo wir stehen und wohin wir meiner Meinung nach gehen sollten. Viele von Ihnen haben vielleicht eine blumigere Rede erwartet. Man hat mir jedoch gesagt, dass Sie hier in Baden-Württemberg sehr praktische Menschen sind mit gesundem Menschenverstand. Ich entschuldige mich dafür, wenn die Rede etwas lang geraten ist, aber ich nehme an, dass Sie mit Ihrer Anwesenheit zeigen, dass Sie die meiner Ansicht nach ganze und wahre Geschichte hören wollen, und nicht nur einige Sprechblasen oder Schlagzeilen.

Meine Damen und Herren,

ich glaube, dass wir in der Kommission auf Ihre Unterstützung rechnen können. Aber ich möchte mich auch ganz herzlich hier und heute bei Ihnen und Ihren deutschen Mitbürgern bedanken für alles was dieses Land für Europa geleistet hat und noch leisten wird. Ich lasse keine Gelegenheit aus, um öffentlich oder nichtöffentlich dies zum Ausdruck zu bringen.

Ich erinnere mich noch gut, dass als mein Land 1974 eine Demokratie wurde, unsere deutschen Freunde mit die ersten waren, die uns ihre Unterstützung gaben. Dies werde ich nie vergessen.

Ich habe eingangs gesagt, dass Baden-Württemberg eine lange Geschichte des Engagements zur europäischen Integration hat. Es hat auch eine lange Geschichte des Beitrags zur europäischen Kultur, Kunst und Literatur. Dies ist das Land von Friedrich Schiller und Friedrich Hölderlin, das Land, in dem Georg Friedrich Hegel geboren wurde und das Land von Hermann Hesse, um nur einige wenige zu nennen. Diese Namen stehen für Baden-Württemberg. Sie stehen auch für die große deutsche und europäische Kultur.

Wir müssen nun ebenfalls zu Europa stehen, in diesem entscheidenden Augenblick, indem es um die Rolle Europas in einer neuen Phase der Globalisierung geht.

Dies bedarf einer Anstrengung. Aber Baden-Württemberg ist ein Land, und Stuttgart ist eine Stadt, wo man an Anstrengung gewöhnt ist und Bemühungen nicht scheut. In diesem Geist, glaube ich, werden wir Erfolg haben.

Wie Friedrich Hölderlin sagte:

Es wird uns leicht, etwas durchzusetzen, sobald wir nur nicht ans Ziel getragen sein, sondern mit eigenen Füßen gehen wollen und es nicht achten, wenn zuweilen ein hartes Steinchen die Sohle drückt.“

Ich danke Ihnen.